



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

**Christian Dürr**

Mitglied des Landtages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der FDP-Landtagsfraktion

**Wahlkreisbüro**

Brookdamm 40  
27777 Ganderkesee  
Tel.: (04222) 400 0850  
Fax: (04222) 400 0860

**Landtagsbüro**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (0511) 3030-3405  
Fax: (0511) 3030-99-3405

**Internet**

[www.christian-duerr.de](http://www.christian-duerr.de)  
[christian.duerr@lt.niedersachsen.de](mailto:christian.duerr@lt.niedersachsen.de)

Rede zum Antrag: **Keine Fakten schaffen bei Schacht Konrad!  
Bürgerrechte wahren!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drs. 15/2733 (Einzige (abschließende) Beratung)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses

Drs. 15/2930

93. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 23. Juni 2006

**Christian Dürr (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Wenzel, Sie haben ganz bewusst einige Punkte durcheinander geworfen, um für Desinformation zu sorgen. Ich werde nachher noch darauf eingehen, insbesondere hinsichtlich der Verantwortung der Grünen bei der Frage des Klagerechts.

Viel interessanter aber fand ich das, was der Kollege Meihnsies vorhin gesagt hat. Er überlegt nicht nur, ob der Standort Gorleben am Ende nach dem Ein-Endlager-Konzept ein Endlager sein könnte. Dann müssten Sie konsequenterweise dafür sorgen, dass das Moratorium für Gorleben aufgehoben wird.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das hat er nie gesagt, Herr Dürr!)

Interessant war auch Ihre Argumentation hinsichtlich des Volumens des Mülls. Sie haben gesagt: Achtung, da sind 90 %, die am Ende in Schacht Konrad gelagert werden. - Das können Sie in Ihrer eigenen Rede nachlesen.

Wenn ich mir die Frage 3 Ihrer Großen Anfrage anschau, lese ich darin:

„Teilt die Landesregierung die Aussage von Umweltminister Sander, dass die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle ein noch größeres Problem als die hochradioaktiven Abfälle darstellen? Wenn ja, welche Gefährdungsabschätzung liegt dieser Bewertung zugrunde“

- jetzt kommt es -

„angesichts der Tatsache, dass die hochradioaktiven Abfälle zwar nur einen Anteil von 10 % des Volumens aller radioaktiven Abfälle darstellen, jedoch mehr als 98 % der insgesamt zu entsorgenden Radioaktivität enthalten?“

Demnach müssten Sie konsequenterweise auch sagen, dass die 90 % nach dem Volumen, die in Schacht Konrad eingelagert werden sollen, nur 2 % der endzulagernden Radioaktivität ausmachen. Das wäre redlich gewesen, Herr Kollege Meihyses.

(Beifall bei der FDP)

Am 22. Mai 2002 hat der damalige niedersächsische Umweltminister Wolfgang Jüttner den Planfeststellungsbeschluss für den Schacht Konrad als Endlager für Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung erlassen.

(Hans Dieter Haase [SPD]: Hervorragender Mann!)

- Er hat in Teilen durchaus hervorragende Arbeit geleistet.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das fällt Ihnen schwer!)

- Das ist richtig, das muss ich ehrlicherweise zugeben. Aber der Planfeststellungsbeschluss war schon eine ordentliche Leistung.

Nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz stammen die Abfälle, die dort nach dem damaligen Planfeststellungsbeschluss eingelagert werden sollen, zu 49 % aus der Forschung, zu 19 % aus dem Betrieb von Kernkraftwerken, zu 17 % aus der Wiederaufarbeitung, zu 6 % aus stillgelegten Kernkraftwerken, zu 5 % aus der kerntechnischen Industrie und zu 3 % aus den Landessammelstellen. Ich wiederhole: Fast die Hälfte der Abfälle stammt aus der Forschung. An diesen Zahlen wird nochmals deutlich, was wir alle wissen: Auch nach einem Ausstieg aus der Kernenergie werden Kapazitäten für schwach- und mittelradioaktive Abfälle benötigt.

Meine Damen und Herren, unabhängig von der zukünftigen Nutzung der Kernenergie ist es die Aufgabe unserer Generation, für eine sichere Endlagerung des bisher angefallenen Abfalls zu sorgen. Das will ich hier ganz deutlich sagen. Vor dieser Verantwortung dürfen wir uns nicht drücken.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren von den Grünen, genau das unterscheidet uns von Ihnen. Sie wollen nach einem neuen Endlager suchen, einem Endlager sowohl für wärmeentwickelnde als auch für vernachlässigbar wärmeentwickelnde Abfälle.

Unabhängig davon, dass Sicherheitsbedenken gegen das so genannte Ein-Endlager-Konzept sprechen - dies können Sie in der Antwort auf Ihre Große Anfrage nachlesen -, ist meines Erachtens eines entscheidend: Wer behauptet, er wolle etwas suchen, der muss auch etwas finden wollen. Aber genau das, meine Damen und Herren, wollen Sie nicht.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kommen wir zu den Argumenten, Herr Kollege Haase. Der beste Beleg dafür ist nämlich die Amtszeit des grünen Parteifreundes Jürgen Trittin als Bundesumweltminister von 1998 bis 2005. Herr Trittin hatte sieben Jahre Zeit, um ein tragfähiges Endlagerkonzept vorzulegen. Er hat dies bewusst nicht getan. Sie und Herr Trittin wollten und wollen auch heute die Suche nach einem Endlager zu einem Dauerzustand machen. Es war das erklärte Ziel des ehemaligen Bundesumweltministers, sowohl das Endlager am Standort Gorleben als auch Schacht Konrad zu verhindern. In Wirklichkeit ging und geht es aber darum, die Endlagerfrage so lange wie möglich offen zu halten. Sie wollten damit den aus Ihrer Sicht letzten Grund zum Ausstieg aus der Kernenergie aufrechterhalten, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Das mag aus Ihrer Sicht parteitaktisch geschickt sein. Verantwortlich ist dies allerdings nicht. Sie sollten akzeptieren, dass der Planfeststellungsbeschluss für Schacht Konrad in naher Zukunft vollziehbar sein wird, vor allem deshalb, weil Gerichte auf der Rechtsgrundlage entschieden haben, für die Ihre Partei von 1998 bis 2005 mitverantwortlich war, meine Damen und Herren. Das war nicht nur Ihre Partei - das sage ich angesichts der Aussagen von Frau Tinius auch in Richtung der SPD -, sondern Sie beide waren in den sieben Jahren rotgrüner Regierungszeit für die rechtlichen Rahmenbedingungen verantwortlich, auf deren Grundlage Gerichte entschieden haben.

Deshalb, Herr Wenzel, finde ich es schon unglaublich, dass Sie hier behaupten, die Landesregierung würde den Kommunen das Klagerecht aberkennen. Schließlich waren Sie es, die diese Rechtsgrundlagen geschaffen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich freue mich, dass das in der Zwischenzeit auch der heutige Bundesumweltminister und ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel erkannt hat. Ich hoffe - das sage ich in Richtung der Sozialdemokraten in diesem Hause -, dass die SPD diese Einsicht nun teilt und ebenfalls anfängt, Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

*Quelle: Stenographischer Bericht der 93. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 4. Juli 2006.*